



Orte der Vielfalt statt Ausgrenzung und Rassismus!

Wie kann ich mich gegen Rechtsextremismus engagieren? Wir setzen uns ein für vielfältige Lebensweisen und ein demokratisches Miteinander. Demokratie verstehen wir nicht als etwas Starres, Feststehendes, sondern als Veränderbares, Demokratie lebt durch das Mitmachen der Bürgerinnen und Bürger. Um sich jenseits von Wahlen in demokratische Prozesse einbringen zu können, existieren verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Wir wollen hier nur einige benennen:

Mitmachen in der Zivilgesellschaft

- Engagement in Vereinen, Parteien, Schülervvertretungen und Jugend-Initiativen
- Wahrnehmen des Demonstrationsrechts, z.B. durch Kundgebungen und Demonstrationen
- Teilnahme an und Planung von Aktionen, z.B. Putzaktionen zum Entfernen rechtsextremer Propaganda
- Einbringen in Bürgerversammlungen
- Mitglied werden in den Kiezbeiräten und anderen Gremien

Einmischen in die Politik

- Wählen gehen
- Verantwortung übernehmen, z.B. als Bürgerdeputierte
- Wahrnehmen der Bürgerfragestunde in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und Teilnahme an den Sitzungen der BVV und öffentlichen Ausschusssitzungen
- Nutzen des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden
- Starten von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden
- Ansprechen von Politikerinnen und Politikern bei Stadtpaziergängen, Kiezfesten und Bürgersprechstunden

Eine Initiative von:

Bündnis für Demokratie und Toleranz
Treptow-Köpenick
www.demokratie-tk.de

Bündnis Neukölln - Miteinander für
Demokratie, Respekt und Vielfalt
www.buendnis-neukoelln.de

Koordinierungsstelle Lichtenberg
www.koordinierungsstelle-lichtenberg.de

Licht-Blicke - Netzwerk für Demokratie Lichtenberg
www.licht-blicke.org

Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz
www.lichtenbergerbuendnis.de

[moskito] - Netzwerkstelle gegen
Rechtsextremismus, für Demokratie
und Vielfalt
www.pfefferwerk.de/moskito

Polis* - Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am
Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf
www.mbt-ostkreuz.de

Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD)
www.zentrum-für-demokratie.de

Unterstützt durch:

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
www.mbr-berlin.de

Reach Out - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
www.reachoutberlin.de

V.i.S.d.P.: Y. Müller, Hasselwerder Str. 38-40, 12439 Berlin
Layout: Koordinierungsstelle Lichtenberg, pad e.V.

GEMEINSAM HANDELN!

**FÜR EINE DEMOKRATISCHE
STREITKULTUR & GEGEN
RECHTSPOPULISTISCHE &
RECHTSEXTREME
POSITIONEN IM
WAHLKAMPF!**

Am 22. September 2013 sind Bundestagswahlen! Zu Wahlen werden immer wieder Stimmen laut, die zur Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder sozialen Randständigkeit aufrufen. Solche Stimmen finden sich nicht nur in rechtspopulistischen und neonazistischen Parteien, sondern manchmal auch bei Vertreter_innen anderer Parteien.

Daher rufen wir die Bürger_innen auf, sich auch im Wahlkampf gegen rassistische und diskriminierende Hetze zu stellen. Es muss einen demokratischen Konsens geben, von dem wir nicht zurückweichen dürfen.

In Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Pankow, Treptow-Köpenick und überall!

Ethnisierung der sozialen Frage

Rechtspopulist_innen und Neonazis bemächtigen sich der sozialen Frage, beantworten diese jedoch nicht demokratisch, sondern nationalistisch. Für gesellschaftliche Probleme werden Flüchtlinge und Einwanderung ursächlich verantwortlich gemacht. Danach resultieren alle Probleme wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Wohnraumknappheit aus der Einwanderung. Das Soziale wird folglich ethnisert und rassistisch aufgeladen. So werden aus Migrant_innen, denen pauschal Integrationsunfähigkeit, mindestens aber -unwilligkeit unterstellt wird, die erklärten Verursacher_innen sozialer Schieflagen. Statt die komplexen Ursachen in den Blick zu nehmen, werden einfache

„Lösungen“ und „Erklärungen“ präsentiert. Basierend darauf, dass einzelnen Gruppen („Migrant_innen“) die Schuld an den Problemen gegeben wird, wird nicht nach einer gemeinsamen Lösung, sondern nach Sündenböcken gesucht. Damit einher geht häufig das Schüren von Ängsten vor einer „Überflutung“ und „Überfremdung“ durch Zuwanderer. Bei muslimischen Flüchtlingen wird heute die klassische „Ausländer raus“-Parole durch eine Kampfansage an eine vermeintliche „Islamisierung“ ersetzt. Im Kern richten sich diese Kampagnen nicht nur gegen Migrant_innen, sondern insgesamt gegen eine offene, solidarische Gesellschaft, in der Einwanderung längst Normalität geworden ist und Vielfalt auf unterschiedlichsten Ebenen existiert.

Europakritik als getarnter Rassismus

Rechtspopulist_innen und Neonazis beziehen sich oft auf eine Kritik an der Europäischen Union (EU). Die Entfernung nach Brüssel schaffe eine noch größere Distanz, das Europaparlament wird als „Blase“ wahrgenommen und die angebliche Fremdbestimmung durch „die da oben“ in Brüssel hervorgehoben. Diese Argumentation rutscht leicht in verschwörungstheoretische Argumentationsmuster. Abgesehen davon wird dies unseren heutigen komplexen politischen Systemen nicht gerecht. Tatsächlich nämlich ist der Einfluss der Nationalstaaten auf die Entscheidungen auf EU-Ebene ungebrochen. Gerade Deutschland bestimmt als stärkstes

Land viele Entscheidungen maßgeblich mit und entscheidet daher mit, in welche Richtung die EU steuert. Trotzdem wollen Rechtspopulist_innen und Neonazis die Spielräume der Nationalstaaten immer weiter ausbauen. In rassistischer Weise wird die Standortkonkurrenz mit anderen Ländern vorangetrieben. Im Zuge der europäischen Wirtschaftskrise werden ganze Länder und ihre Bevölkerung unter den Generalverdacht der wirtschaftlichen Unproduktivität und Unfähigkeit gestellt. Zum Beispiel bedient das Gerede von den „Pleitegriechen“ oder den „faulen Spaniern“ rassistische Vorurteile. So ist die Europakritik und die Anti-EU-Haltung der Rechtspopulist_innen und Neonazis oft ein getarnter Rassismus, der bis weit in die Mitte der Gesellschaft auf Widerhall stößt.

Forderung nach direkter Demokratie

Häufig stellen Rechtspopulist_innen und Neonazis die Forderung nach direkter Demokratie, also Bürgerbegehren, Volksentscheide oder andere Abstimmungen, um die Rechte von Minderheiten einschränken zu können. Thematisch richten sich die Initiativen fast immer gegen Migrant_innen, religiöse Minderheiten oder Homosexuelle. Rechtspopulist_innen und Neonazis versuchen, damit an in der Bevölkerung vorhandene Ängste, auch an teilweise diskriminierende Grundstim-

mungen anzuknüpfen. Sie geben sich so den Anstrich von Bürgerinitiativen. In der Regel handelt es sich aber nicht um Bürgerbewegungen, sondern um Parteien. Gerade weil in einer Demokratie Mehrheiten über gesellschaftliche Entwicklungen entscheiden, ist der Schutz von Grundrechten und gesellschaftlichen Minderheiten ein wesentliches demokratisches Gut. Dieser demokratische Grundsatz wird bei den rechtspopulistischen Kampagnen gezielt unterlaufen. Hier ist das Ziel, eine soziale Minderheit durch die Mehrheit auszuschließen und zu diskriminieren.

Rechtsextreme & Rechtspopulistische Parteien zur Wahl

„Bürgerbewegung Pro Deutschland“

Rechtspopulist_innen haben einfache „Lösungen“ für komplizierte Problemlagen parat. Sie propagieren, dass die öffentliche Sicherheit massiv gefährdet sei. Schuld daran haben Migrant_innen und besonders Menschen mit zugeschriebenem muslimischem Glaubenshintergrund. Daher fordert „Pro Deutschland“ ein hartes Durchgreifen gegen angebliche „Ausländerkriminalität“, härtere Strafen und mehr Befugnisse für die Polizei. Dass damit die demokratischen Grundrechte aller Bürger_innen eingeschränkt werden können, wird von den Rechtspopulist_innen nicht kritisch diskutiert. Außerdem richten sich die geforderten Maßnahmen lediglich gegen die Symptome von Ge-

waltkriminalität, nicht gegen die sozialen Ursachen. Sie zielen ausschließlich auf Repression und Abschreckung statt auf dauerhafte Lösungen und Prävention. Auch sozial benachteiligte Gruppen, wie Hartz IV-Empfänger_innen und Langzeitarbeitslose werden für die soziale Schieflage in Deutschland verantwortlich gemacht. Sie werden nicht als Betroffene der sozialen Probleme, sondern als Verursacher betrachtet, die den Sozialstaat gefährden würden. Deshalb wollen die Rechtspopulist_innen die sozialen Leistungen des Staates an immer mehr Vorbedingungen knüpfen und ihrer Ansicht nach unnötige Leistungen verkürzen.



Alternative für Deutschland (AfD)

Die neu gegründete Partei „Alternative für Deutschland“ ist der jüngste Spross im rechtspopulistischen Spektrum. In ihren Reihen sammeln sich nicht nur enttäuschte Konservative und Liberale, sondern auch Rechtspopulist_innen und vereinzelt sogar Personen, die sich bisher in der Neonaziszene bewegt haben. Bei einem genauen Blick auf das Wahlprogramm sowie Äußerungen einzelner Mitglieder zeigt sich der dominante rechtspopulistische Charakter dieser neuen Partei. Vor allem richtet sich die AfD gegen den Euro als Gemeinschaftswährung und fordert die Abschaffung des „Euro-Währungsgebietes“. Statt solidarischem Handeln zwischen Staaten



in Zeiten der Krise fordert die AfD einen Rückzug auf nationalstaatliche Grenzen. Dass dies negative Folgen für die gesamteuropäische Identität oder auch die stark exportorientierte Wirtschaft Deutschlands haben kann, wird bei den populistischen Phrasen nicht erwähnt. Die AfD fordert zudem eine „qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung“, um eine Belastung der Sozialsysteme durch Migrant_innen zu verhindern. Die AfD bemisst damit den Wert eines Menschen nach seinem wirtschaftlichen Nutzen für Deutschland. Im Zentrum sollte die Frage stehen, wie ein solidarisches Zusammenleben aller möglich ist.

Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD)

„Berlin bleibt deutsch.“ Das propagierte Hitler noch 1945, das propagieren heute die Neonazis. Die deutsche Familie dient ausschließlich dem Zweck der Erhaltung der „Volksgemeinschaft“. Frauen sollen Kinder gebären und Mütter sein, während Männer als Beschützer der Familie dienen sollen. Die NPD wendet sich damit nicht nur gegen eine halluzinierte „Überfremdung“ und ein „Aussterben“ der Deutschen, sondern agitiert auch gegen Gender-Mainstreaming, das den Neonazis nicht als Werkzeug für die Gleichberechtigung gilt, sondern angeblich der Abschaffung der Geschlechter diene.

Die NPD zielt entgegen der gesellschaftlichen und geschichtlichen Realität auf ein Regime der Apartheid („Rassentrennung“). Sie macht kulturelle Vielfalt und individuelle Lebensstile für soziale Probleme verantwortlich. Das von der NPD und den rechtspopulistischen Parteien geforderte Berlin ist nicht das Berlin, das wir meinen. Unsere Stadt ist vielfältig und bunt. Berlin war und ist eine Weltmetropole, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Kultur, Religion und sexueller Orientierungen zusammen leben und für ein solidarisches Miteinander streiten. Das ist fast nie konfliktfrei, fast immer spannend und in jedem Falle unverzichtbar für die Entwicklung einer weltoffenen Gesellschaft. Berlin ist gerade darin ein zukunftsfähiges Experiment. Verteidigen wir es gegen Neonazis und Rechtspopulist_innen.